

Stand: 12.04.2026 19:59:41

Initiativen auf der Tagesordnung der 98. Sitzung des HA

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/11212 vom 23.03.2026
2. Initiativdrucksache 19/11188 vom 19.03.2026



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber, Mia Goller, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Christian Zwanziger, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Barbara Fuchs, Ursula Sowa, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Gut Essen in Bayern III:
Sozial, nachhaltig, gesund – Mehrwertsteuer für Bio-Obst und Gemüse runter!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, die Mehrwertsteuer auf frisches Obst und Gemüse in EU-Bio-Qualität auf 0 Prozent zu senken.

Begründung:

Fehlernährung gehört mit zu den größten Herausforderungen unseres Gesundheitssystems. Die Staatsministerin für Gesundheit, Pflege und Prävention Judith Gerlach betonte deshalb kürzlich bei der Vorstellung des „Masterplans Prävention“, es sei notwendig, von einer „Reparaturmedizin hin zu Gesunderhaltung“ zu kommen. Die Staatsministerin ergänzte ihre Ausführungen mit einer konkreten Forderung an den Bund, die Mehrwertsteuer auf frisches Obst und Gemüse abzuschaffen.

Diese Forderung wird von zahlreichen Institutionen unterstützt. Über 70 Prozent der Bevölkerung befürworten gemäß Studien eine Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Obst und Gemüse. Daneben befürwortet sie auch das Umweltbundesamt, die Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), der Sozialverband VdK und zahlreiche weitere Verbände und Vereine. Der Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ empfiehlt die Mehrwertsteuersenkung für frisches Obst und Gemüse aus der EU in Bio-Qualität. Denn die Verknüpfung der Mehrwertsteuersenkung mit Herkunft und Anbauweise der Produkte ist aus verschiedenen Gründen sinnvoll. Sie fördert gezielt nachhaltige Landwirtschaft, die Umwelt und Ressourcen schont, und trägt zum Klimaschutz bei, da der ökologische Anbau weniger Emissionen verursacht und regionale Produkte kürzere Transportwege haben. Gleichzeitig stärkt sie regionale Wertschöpfungsketten gegenüber globalen, oft weniger nachhaltigen Importen.

Obst und Gemüse sind essenzielle Bestandteile einer ausgewogenen Ernährung und tragen maßgeblich zur Gesundheit und Prävention von Krankheiten bei. Die finanzielle Belastung durch gestiegene Lebenshaltungskosten erschwert es jedoch vielen Haushalten, regelmäßig frische und gesunde Lebensmittel zu konsumieren.

Die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Obst und Gemüse ist deshalb ein wichtiger Schritt zur Unterstützung von Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie zur Förderung einer gesunden Ernährung. Es ist ein konkreter Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit, da insbesondere einkommensschwache Haushalte profitieren würden. Zudem könnte diese Maßnahme die Nachfrage nach regionalen und nachhaltigen Produkten erhöhen, was wiederum die heimische Landwirtschaft stärkt und umweltschonende Produktionsweisen fördert.

Dazu kommen gesundheitliche Vorteile. Eine stärkere Förderung des Konsums von Obst und Gemüse kann langfristig die Gesundheitskosten senken, da chronische Krankheiten wie Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Adipositas verringert werden können. Dadurch ergibt sich auch eine Entlastung des Gesundheitssystems.



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Laura Weber** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Belastung der Menschen in der Flughafenregion durch Ultrafeinstaub reduzieren: Anreizprogramm für schwefelarmes Kerosin aufsetzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich in der Gesellschafterversammlung der Flughafen München GmbH (FMG) um die Aufsetzung eines Anreizsystems für die Fluglinien zur Verwendung von schwefelarmem Kerosin einzusetzen. Ziel ist die Reduzierung von Ultrafeinstaub (UFP), der je nach enthaltenem Schwefelgehalt bei der Verbrennung von Kerosin entsteht.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, einen gemeinsamen Dialogprozess der FMG mit den Fluglinien anzuregen, um weitere Möglichkeiten zur Reduzierung des UFP-Ausstoßes durch den Flugbetrieb zu erarbeiten.

Begründung:

Der Schwefelgehalt in Kerosin führt dazu, dass beim Verbrennungsprozess besonders viele UFP entstehen. Diese UFP sind kleinteiligste Feinstaubpartikel, die aufgrund ihrer geringen Größe besonders tief in die menschliche Lunge eindringen und von dort aus in die Blutbahn gelangen können. Da an UFP auch krebserzeugende Stoffe gebunden sein können, ist von einer Gesundheitsgefahr auszugehen. Das Hessische Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG), das seit Jahren die Ultrafeinstaubbelastung rund um den Flughafen Frankfurt untersucht, bestätigt, dass der Luftverkehr einen wesentlichen Anteil an der Ultrafeinstaubbelastung hat. Eine kurzfristig wirksame Maßnahme, um den Schadstoffausstoß im Luftverkehr und die Gesundheitsbelastung durch UFP zu reduzieren, muss deshalb die weitere Reduzierung des Schwefelgehaltes im Kerosin sein.

Ziel dieses Antrags ist ein Anreizprogramm, mit dem die FMG Fluglinien Rabatte auf die Einlagerung und den Einsatz von schwefelarmem Treibstoff gewährt.